

Äthiopien: Nahrungsmittelhilfe gestoppt

In den äthiopischen Regionen Kombolcha und Dessie hat das Welternährungsprogramm (WFP) die Verteilung von Nahrungsmitteln ausgesetzt, nachdem die Mitarbeiter aufgrund von Einschüchterungsversuchen - unter anderem wurden sie mit Waffengewalt festgehalten - nicht in der Lage waren, die Plünderung von Vorräten zu stoppen. Nach Angaben der Regierung haben äthiopische Streitkräfte die Städte am Montag von rebellischen tigrayanischen Kräften zurückerobert. 9.12.21

Elfenbeinküste: Demonstration für Frauenrechte

Hunderte Frauen demonstrierten in der Hauptstadt Abidjan für härtere Strafen für Gewalt gegen Frauen. Laut der Weltgesundheitsorganisation wird jede dritte Frau weltweit mindestens einmal im Leben Opfer von Gewalt. In 57 untersuchten ärmeren Ländern können nur 55% der Frauen und Mädchen über ihren eigenen Körper entscheiden, heißt es in einem UN Weltbevölkerungsbericht. Seit Beginn der Corona Pandemie sind mehr Frauen und Mädchen als je zuvor von geschlechtsspezifischer Gewalt bedroht. Die Demonstration in Abidjan war Teil einer weltweiten Kampagne der UNO um das Bewusstsein für Frauenrechte zu stärken. Unterstützt wurden die ivoirischen Frauen von Botschaftern mehrerer westlicher Länder. Sprecherin war die Botschafterin der Schweiz. 09.12.2021

Malawi: Kinderehen nehmen zu

First Lady Monica Chakwera ist enttäuscht darüber, dass da Land weltweit an 12. Stelle ist, was Früh- und Zwangsehen angeht. 42 % der Mädchen werden verheiratet, bevor sie 18 Jahre alt sind. Sie sagte, dass ihre Shaping Our Future Foundation (SOFF) die Bildung von Mädchen sehr ernst nimmt, denn ohne Bildung wird die Armut verschlimmert. Sie forderte daher alle Beteiligten auf, dringend Maßnahmen zu ergreifen, um die Hindernisse zu beseitigen, mit denen Mädchen und Kinder konfrontiert sind und die sie daran hindern, ihr Potenzial auszuschöpfen. 08.12.2021

Wer ist da und wer nicht?

Staats- und Regierungschefs aus 17 afrikanischen Ländern (Angola, Botswana, Cabo Verde, Democratic Republic of Congo, Ghana, Kenya, Liberia, Malawi, Mauritius, Namibia, Niger, Nigeria, Sao Tome and Principe, Senegal, Seychelles, South Africa, Zambia) werden diese Woche an dem "Gipfel für Demokratie" teilnehmen. Gastgeber des zweitägigen Gipfels, an dem 110 Länder teilnehmen, ist Präsident Joe Biden, der betont, dass "Demokratie nicht zufällig entsteht. Wir müssen sie verteidigen, für sie kämpfen, sie stärken, sie erneuern". Afrikanische Länder, die nicht eingeladen wurden, sind u.a. Elfenbeinküste (die Amtszeitbeschränkung des Präsidenten wurden aufgehoben); Tansania und Uganda (die Wahlen wurden durch Repression beeinträchtigt); Ägypten, Mali, Guinea-Bissau und Sudan (die Regierungen wurden durch Militärputsche eingesetzt); Mosambik (Korruptionsvorwürfe belasten die Beziehungen) und Äthiopien.

Nigeria: "Fulani-Vereinigung" droht Christen

Christen im nigerianischen Bundesstaat Zamfara wurden vor öffentlichen Gottesdiensten in Kirchen gewarnt, da sie sonst angegriffen, entführt und ihre Gotteshäuser

angezündet werden könnten. Der Drohbrief der islamischen Organisation wurde dem Polizeipräsidium in Gusau, der Hauptstadt des Bundesstaates, zugestellt. In dem Dokument bekennen sich Mitglieder der "Fulani-Vereinigung, die einen Krieg gegen die christliche Religion plant", zu dem "anonymen Brief". "Wir wollen, dass die Kirchen von jetzt an und in den nächsten drei Jahren geschlossen werden. Wenn sie nicht geschlossen werden, fangen wir an, sie zu verbrennen", drohen die Hintermänner des Schreibens und fügen mit Blick auf die Christen in Zamfara hinzu: "Wir werden ihren Pfarrern zu ihren Häusern folgen, ob bei Regen oder mitten in der Nacht, und sie und ihre Familien entführen." 07.12.2021

Südafrika: Für Profit – gegen die Natur

Der amtierende Richter Govindjee hat einen Antrag auf Untersagung einer seismischen Untersuchung durch Shell an der Wild Coast des Ostkaps mit der Begründung abgelehnt, dass ein "irreparabler Schaden" für die Meeresbewohner nicht nachgewiesen wurde. "Die Entscheidung, Shell zu erlauben, mit seinen Plänen zur Zerstörung der Wild Coast fortzufahren, ist sehr enttäuschend. Die Sprengungen werden nicht nur wertvolle, artenreiche Ökosysteme zerstören, sondern auch die Lebensgrundlage der lokalen Gemeinden, und das alles im Namen des Profits", sagte Happy Khambule, Senior Climate and Energy Campaign Manager von Greenpeace Afrika. 07.12.2021

Gambia: Murmeln haben entschieden

Präsident Adama Barrow hat mit 53% seine Wiederwahl gewonnen. Sein ehemaliger Vertrauter und Konkurrent Ousainou Darboe, erhielt 27%. Yahya Jammeh hatte 22 Jahre lang das Land diktatorisch regiert. 2016 war er von einer Koalition unter dem jetzigen Präsidenten Barrow gestürzt und nach Äquatorial-Guinea ins Exil geschickt worden. Die Wahlbeteiligung lag bei 89%. Ernest Bai Koroma, Chef der Wahlbeobachter der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) und ehemaliger Präsident von Sierra Leone, hat alle 6 Kandidaten und deren Unterstützer dazu aufgerufen, das Ergebnis zu akzeptieren. Das sei wichtig für den demokratischen Prozess. Auch würde es so einen großen Gewinner geben: das gambische Volk. 07.12.2021

Libyen: Erste Fähre seit 40 Jahren

Am 1. Dezember segelte die erste Passagierfähre vom libyschen Hafen Misrata, 200 km östlich von Tripolis, in die türkische Provinz Izmir. Während der Herrschaft Gaddafis seit 1969 war das Land mit Sanktionen belegt und auch nach seinem Sturz ins 2011 und den darauffolgenden Unruhen waren alle Reiseverbindungen schwer betroffen. Viele Bürger sind beglückt, dass mit diesem Schiff Libyen zur Seefahrt zurückgekehrt ist. Weitere Ziele sind Alexandria und Tunis. Die Zulassungen liegen schon vor. Auch der Flugverkehr wurde seit dem Waffenstillstand zwischen den rivalisierenden Lagern in 2020 wieder aufgenommen.

Weitere Info

[Nigeria: Brutaler Angriff auf Reisebus](#)

[Kamerun: Wilderei nimmt zu](#)

[Kap Verde: Erster Meeres Swimmingpool](#)

[Nigeria: Monatelange Ölpest](#)

<https://www.netzwerkafrika.de/>

Das Datum bezieht auf den Eintrag der Nachricht auf der NAD Webseite